Landkreis
Esslingen

Sitzungsvorlage

Nummer: 112/2016
den 28. Okt. 2016

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

☒ Öffentlich
☐ Nichtöffentlich
☐ Nichtöffentlich bis zum Abschluss der Vorberatung

☐ KT
☐ VFA
☐ ATU
☐ ATU/BA
☐ SOA
☒ KSA 24. Nov. 2016
☐ JHA

Betreff: Haushaltsdebatte 2017
- Anträge der Fraktionen

Anlagen: -

Verfahrensgang:
☐ Einbringung zur späteren Beratung
☐ Vorberatung für den Kreistag
☒ Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Der Kultur- und Schulausschuss entscheidet über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Auswirkungen der Anträge der Fraktionen auf den Haushalt 2017 werden von der Verwaltung in der Sitzung bzw. in der Vorlage 112a/2016 erläutert.

Sachdarstellung:

Anlässlich der Haushaltsdebatte über den Kreishaushalt 2017 am 27. Oktober 2016 wurden folgende Anträge gestellt, die vom Kultur- und Schulausschuss in der Sitzung am 24. November 2016 beraten und vom Kreistag am 8. Dezember 2016 nur dann nochmals aufgegriffen werden, wenn die Fraktionen mit dem Ergebnis der Ausschussberatung nicht einverstanden sind.

1. Anträge der Fraktion Freie Wähler

1.1 Es wird beantragt, den Investitionsansatz für die Bodelschwinghschule im Jahr 2017 um 1,85 Mio. € zu kürzen und nur eine Planungsrate von 150 T € stehen zu lassen.

1.2 Es wird beantragt, einen Bericht über die Evaluation bei der Schulentwicklung im KSA vorzulegen.
Die Fortführung der Schulentwicklungsplanung auf der Grundlage der Mikrolösung ist für uns Freie Wähler eines der zentralen Themen in der Kreispolitik. Die fortgeschriebenen Schülerzahlen liegen sogar etwas über dem Landesdurchschnitt, was bedeutet, dass alle 3 Standorte im Landkreis weiterhin benötigt werden.
Wir erwarten eine Evaluation der Maßnahmen nach deren Abschluss und beantragen einen Bericht im KSA.

1.3 Es wird beantragt, die Prüfung einer späteren Mitbenutzung der neuen Räumlichkeiten in der Albert-Schäffle-Schule durch die benachbarte Fritz-Ruoff-Schule zu prüfen.

1.4 Es wird beantragt, einen Bericht über die finanziellen Auswirkungen durch die deutlich geringeren Anmeldezahlen bei der Ganztagesbetreuung am Rohräckerschulzentrum vorzulegen.

2. Anträge der SPD-Fraktion

2.1 Es wird angeregt, die Kunstsammlung des Landkreises durch weitere Veranstaltungen und Ausstellungsflächen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Landkreisverwaltung sucht dafür in Kooperation mit den Kommunen nach geeigneten Räumlichkeiten und prüft eventuell bestehendes Kooperationsinteresse.
Dem Kultur- und Schulausschuss ist hierzu im zweiten Quartal 2017 ein Bericht zu geben.

2.2 Es wird beantragt, zu prüfen, inwieweit im Rahmen des umfangreichen Kunst-Engagements des Landkreises Kunstprojekte oder Kooperationen mit Flüchtlingen ermöglicht werden können.

2.3 Es wird beantragt, einen aktuellen Sachstandsbericht über den Standort und die Zeitplanung eines Ersatzbaus für die Sporthalle der Philipp-Matthäus-Hahn Schule in Nürtingen vorzulegen.

2.4 Es wird beantragt, zu prüfen, ob statt einer Sanierung des U3-Baus im Berufsschulzentrum Kirchheim ein Neubau die wirtschaftlichere Variante ist. Dabei ist auf die Lebenszykluskosten sowie entsprechende Nutzungsvorteile der Varianten einzugehen. Ebenfalls sind eventuelle Zuschüsse für einen Neubau zu berücksichtigen.

2.5 Es wird beantragt, zu prüfen, ob durch eine zentrale Stelle zur Koordination der Netzwerke und der Software-Infrastruktur der Berufsschulen Sy-

nergieeffekte entstehen könnten. Die Landkreisverwaltung gibt nach Absprache mit den Schulleitungen dem Kultur- und Schulausschuss im zweiten Quartal 2017 einen Sachstandsbericht über die aktuelle Netzwerk- und Softwareorganisation an den Berufsschulen. Mögliche Potenziale und Vorteile einer gemeinsamen Koordination sind darzustellen. Diesbezüglich ist insbesondere an das Kreismedienzentrum des Landkreises zu denken.

2.6 Die Kreisinklusionsplanung des Landkreises Esslingen wird begrüßt. Es wird beantragt, einen Sachstandsbericht im zweiten Quartal 2017 über die bislang erfolgte Umsetzung und die ausgewählten Schulstandorte mit inklusivem Angebot für das Schuljahr 2017/18 zu geben.

2.7 Es wird gebeten, dass die Landkreisverwaltung in Kooperation mit den Schulleitungen prüft, ob an den beruflichen Schulen des Landkreises der Bedarf besteht, die Öffnungszeiten der Berufsschul-Bibliotheken über die Mittagszeit bis ca. 16.00 Uhr zu erweitern.

2.8 Es wird beantragt, einen Sachstandsbericht über die Umsetzung der Beschulung von Flüchtlingen in den sogenannten VKL-Klassen vor Ort zu geben. Darüber hinaus wird berichtet, ob durch diese Maßnahme ein möglichst vollständiges Angebot für die Beschulung von Flüchtlingen erreicht werden konnte. Weiter wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob bei nachlassender Anzahl geflüchteter junger Menschen wieder eine Ausweitung der Beschulung von 20 auf 21 Jahre erfolgen könnte.

3. Anträge Fraktion Die Grüne

3.1 Es wird beantragt, dass die Landkreisverwaltung zeitnah über den aktuellen Stand der VABO-Klassen, Vorbereitungsklassen (VKL) in Kooperation und Jugendberufshilfe bzw. Integrations- und Sprachfördermaßnahmen anderer Träger für über 20-jährige Flüchtlinge berichtet.

3.2 Es wird ein jährlich stattfindender Informationsaustausch zwischen den Schülermitverantwortungen der beruflichen Schulen und der Landkreisverwaltung beantragt.

4. Anträge der FDP-Fraktion

4.1 Es wird beantragt, einen Bericht zur Auswirkung der aktuellen landesweiten Stellenausstattung auf die Umsetzung der schulischen Inklusion im Landkreis zu geben.

4.2 Es wird die Erstellung eines Konzepts zur Vernetzung des Freilichtmuseums Beuren mit den kommunalen Museen sowie zur Einbindung in die verschiedenen Tourismusprogramme im Landkreis beantragt.

5. Antrag DIE REPUBLIKANER

5.1 Die Gruppe berichtet, dass eine Umfrage des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) ergeben hat, dass nur 51% von 500 befragten Lehrern den gemeinsamen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten als grundsätzlich sinnvoll ansehen. Innerhalb eines Jahres ist die Akzeptanz um 15 % zurückgegangen.
Als Grund wird angeführt, dass sich viele Lehrer aller Schularten den Herausforderungen nicht gewachsen fühlen und über unzureichende Aus- und Fortbildung und dem Fehlen von Fachpersonal klagen.
In der Präsentation des Staatlichen Schulamtes vom 30.06.2016 zur schulischen Kreisinklusionsplanung werden in erster Linie organisatorische Fragen behandelt.

Heinz Eininger
Landrat